



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 9. April 2008 (StB 332)

B+A 11/2008

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat
mit Änderungen beschlossen am
5. Juni 2008
(Definitiver Beschluss des Grossen Stad-
rates im Anhang 4 am Schluss dieses
Dokuments)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	12
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	12
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	15
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	17
III. Antrag	20

Anhang 1	22
-----------------	-----------

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.

Anhang 2	25
-----------------	-----------

Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.

Anhang 3	26
-----------------	-----------

Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 385 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001:
Ein neues City-Logistik-Konzept für die Altstadt

Die Transportunternehmer pflegen ihre Logistik so pflegen, dass jeweils Ware, Ort, Zeit, Weg und Transportgefäss optimal abgestimmt werden. Das bestehende Altstadtregime mit Zulieferung bis 10 Uhr morgens bewährt sich und entspricht der Praxis in anderen Städten. Dies ist wichtig, da die Lieferanten eine gesamtschweizerische Logistik pflegen.

2. Postulat 210 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Januar 2003:
Gleisüberdeckung

Die Gleisüberdeckung kann nur im Zusammenhang mit einem Ausbau der Bahnhofzufahrt geprüft werden. Diese erfolgt frühestens ab 2030, da sie nicht in der zukünftigen Entwicklung der Bahngrossprojekte enthalten ist

3. Postulat 268 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel, Daniel Burri und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 18. Dezember 2003:
Quartierentwicklung und Verkehrsplanung im Wesemlin-Dreilinden-Quartier

Das Postulat kann abgeschrieben werden, weil der Gestaltungsplan G 312 Unterlöchli rechtskräftig geworden ist und auf der Hünenbergstrasse Tempo 30 eingeführt wurde.

4. Motion 281 (2000–2004), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 30. September 2004:
Renovation und Neukonzeption des Richard-Wagner-Museums

Mit dem Bericht und Antrag 49/2007 vom 26. September 2007: „Luzerner Museen: Museumspolitisches Konzept des Stadtrates“ gilt diese Motion als erledigt.

5. Postulat 334 (2000–2004), Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Beleuchtung des Wasserturms

Die Beleuchtung des Wasserturms ist Teil des szenografischen Beleuchtungsprogramms und damit auch des B+A Plan Lumière. Der Grosse Stadtrat wird im Frühling 2008 über den B+A entscheiden.

6. Postulat 364 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion, vom 21. April 2005:
Die Planung „Verkehrs-System-Management“ VSP ist zügig an die Hand zu nehmen

Das Agglomerationsprogramm ist kurz vor Genehmigung durch das Bundesamt für Raumentwicklung. Die Umsetzung der Massnahmen hat auf allen Ebenen begonnen, insbesondere auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Über die nächsten 10–20 Jahre werden viele Einzelprojekte gemäss dannzustaligem Stand der Technik zur Ausführung gelangen.

7. Postulat 12 (2004–2009), Matthias Birnstiel namens der CVP-Fraktion, vom 12. Mai 2005:
Erweiterung der Stadtbibliothek

Im Vordergrund der Überlegungen steht zurzeit die Einrichtung des Filialbetriebes im künftigen Stadtteil Littau.

8. Postulat 26 (2004–2009), Viktor Rüegg, vom 27. Januar 2005:
Freie Arztwahl für Betagte in Wohn- und Pflegeheimen

Das Postulat fordert den Stadtrat bzw. die Sozialdirektion auf, „die Verhandlungen mit santésuisse und den Nachbargemeinden so zum Abschluss zu führen, dass alle Wohnheimbewohner neben den Dienstleistungen einer zentralen Geriatriepraxis nach wie vor einen garantierten Anspruch auf freien Arztbeizug haben“.

In der Zwischenzeit hat sich die Ausgangslage insofern verändert, als dass die öffentliche Ausschreibung eines geriatrischen Kompetenzzentrums für die Stadt Luzern und die Nachbargemeinden im Sommer 2005 ohne Resonanz blieb und santésuisse in der Folge von ihrer Forderung eines einheitlichen Abrechnungssystems für Wohn- und Pflegeheime vorläufig Abstand nahm.

In der Folge hat die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) folgende Massnahmen umgesetzt:

- Anstellung einer Leitenden Ärztin HAS, als Nachfolge des pensionierten Heimarztes des BZ Eichhof, mit zusätzlichen übergeordneten Aufgaben. Definition der Aufgaben und der organisatorischen Eingliederung der Leitenden Ärztin HAS im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprojekts.
- Abschluss neuer Verträge mit den Heimärzten, die in den Pflegeheimen der städtischen Betagtenzentren tätig sind.

- Erarbeitung von „Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Langzeitinstitutionen und betreuenden Ärzten“ für Ärzte, die Wohnheimbewohnerinnen und -bewohner betreuen, in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und der Ärztesgesellschaft Stadt Luzern. Die Richtlinien wurden Ende 2006 von der Ärztesgesellschaft Stadt Luzern und dem Stadtrat der Stadt Luzern mitunterzeichnet.
- Erarbeitung eines Zusammenarbeitsvertrages, basierend auf den unterzeichneten Richtlinien, zwischen der Stadt Luzern, vertreten durch die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen, und den in den Wohnheimen der städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen tätigen Ärzten/-innen. Am 15. Februar 2008 empfahl der Vorstand der Ärztesgesellschaft der Stadt Luzern und Umgebung ihren Mitgliedern, den Zusammenarbeitsvertrag zu unterzeichnen.
- Der Vertrag trat nun Anfang März 2008 in Kraft und ist bereits von der Mehrheit der bisher in den Wohnheimen tätigen Ärzten/-innen unterzeichnet worden. Für September 2008 ist ein erstes Treffen zwischen Vertretern von Heime und Alterssiedlungen und Vertretern der Ärztesgesellschaft vorgesehen, um die ersten Erfahrungen mit dem Zusammenarbeitsvertrag gemeinsam auszuwerten.

9. Postulat 29 (2004–2009), Philipp Federer namens der GB/JG-Fraktion, vom 3. November 2005:

Eine regionale Saalsporthalle planen

Bei der Behandlung des B+A 27/2006 vom 12. Juli 2006: „Sportförderung in der Stadt Luzern“ hat das Parlament einen Antrag, welcher der Stadt eine aktive Rolle in der Saalsporthallen-Planung geben wollte, abgelehnt. Für den Stadtrat hat die Planung und Realisierung der Sportarena Allmend (inkl. Breitensportanlagen) Priorität.

10. Postulat 33 (2004–2009), Markus Mächler, Cony Grünenfelder, Rolf Krummenacher, Marcel Lingg und Markus T. Schmid namens der Spezialkommission Liegenschaftenpolitik, vom 15. Dezember 2005:

Ergänzungsbericht zur Liegenschaftenpolitik der Stadt Luzern

Die Motion 33 wurde mit der Verabschiedung des B+A 35/2005 vom 28. September 2005: „Städtische Liegenschaftenpolitik“ als Postulat entgegengenommen. Die meisten Anliegen sind bereits in der städtischen Liegenschaftenpolitik aufgenommen worden. Die Übereinstimmung der Liegenschaftenpolitik mit der Revision der BZO wird laufend überprüft und wo möglich umgesetzt. So werden insbesondere alle städtischen Liegenschaften betreffend die planungsrechtlichen Vorgaben analysiert und soweit sinnvoll Änderungsanträge eingereicht. In erster Priorität wurden in den letzten beiden Jahren innerstädtische Liegenschaften vermarktet. Für die Areale Südpol Kriens und Udelboden Littau sind Entwicklungsarbeiten im Gang, welche in den nächsten beiden Jahren zu konkreten Vermarktungsanträgen führen werden.

11. Postulat 36 (2004–2009), Beat Züsli, Markus T. Schmid und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

Bedingungen für den Kauf und Verkauf von Liegenschaften

Die Anliegen des Postulates wurden weitgehend in der städtischen Liegenschaftspolitik (B+A 35/2005) aufgenommen. Die seither getätigten Liegenschaftengeschäfte wurden entsprechend den Vorgaben im B+A 35/2005 abgewickelt und haben die nötigen Mehrheiten bei Parlament und Volk gefunden. Wenn in Zukunft weitere Liegenschaftengeschäfte behandelt werden, die nicht bereits in der „Verkaufsliste“ des B+A 35/2005 enthalten waren, so sollen die Abklärungen über die Zielkonformität noch vertieft durchgeführt werden. Ein vorgängiger Grundsatzentscheid je Geschäft durch den Grossen Stadtrat ist weder praktikabel noch entspricht er der Geschäftsordnung. Bereits beim jetzigen Verfahren sind die Durchlaufzeiten der Entscheidungsfindung der Stadt Luzern äusserst lang und nicht marktgerecht.

12. Postulat 42 (2004–2009), Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

Veräusserung von Grundstücken

Folgende Liegenschaften wurden seit der Überweisung des Postulates vermarktet: Unterdattenberg, Kriens; Udelboden, Littau (Nr. 1563); Bernstrasse 38, Luzern; Senti, Nr. 778/779, Luzern; Baufeld 3, Tribtschenstadt, Luzern; Rebstock, Luzern; Boa, Kulturteil, Luzern (Baurecht).

Bei der Liegenschaft Amstutzweg, Kriens, wird durch Bauarbeiten des Kantons beansprucht. Die Liegenschaft Winkelriedstrasse 14, Luzern, konnten die nicht-städtischen Stockwerke gekauft werden. Die Vermarktung des Areals Büttenen, Luzern, wird im April 2008 gestartet. Die vom Postulat gewünschte aktive Liegenschaftenvermarktung wurde demnach vollumfänglich umgesetzt. Aufgrund der äusserst komplexen privat- und öffentlich-rechtlichen Verhältnisse hat der Stadtrat entschieden, die baurechtlichen Rahmenbedingungen am Pilatusplatz im Rahmen der BZO-Revision zu überprüfen. Eine aktive Vermarktung dieses Grundstückes soll daher erst nach Abschluss der BZO-Revision erfolgen.

13. Postulat 50 (2004–2009), Zora Schelbert, vom 30. Juni 2005:

Aufwertung des europäischen Aktionstages „Ohne Auto in die Stadt!“

Am 22. September 2005 hat die Sicherheitsdirektion mit allen interessierten Kreisen einen Workshop über die Zukunft des Aktionstages durchgeführt. Der Stadtrat hat die Resultate des Workshops zur Kenntnis genommen und beschlossen, den Aktionstag nicht weiterzuführen. Er hat aber die Absicht bekundet, Sperrungen von Verkehrsflächen im Rahmen von Grossveranstaltungen grosszügiger zu bewilligen als bis anhin und die breite Palette möglicher nachfrageseitiger Massnahmen im Mobilitätsbereich (sog. Mobilitätsmanagement) verstärkt auszuschöpfen. Bereits heute engagieren sich städtische Vertreter in einer entsprechenden Arbeitsgruppe im Rahmen des Agglomerationsprogramms.

14. Postulat 79 (2004–2009), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:

CD-Recycling in der Stadt Luzern

Die Entsorgung von CD's ist durch Verkaufsstellen und die Sammelstelle Werkhof sichergestellt. Im Online-Abfuhrplan ist darauf hingewiesen.

15. Postulat 88 (2004–2009), Viktor Rüegg, vom 16. März 2006:

Luzern erklärt sich zur „GATS-freien Gemeinde“

Der Stadtrat hat den Beschluss (StB 962 vom 27. September 2006) dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) sowie dem globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC mitgeteilt.

16. Postulat 90 (2004–2009), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 11. Mai 2006:

Einführung einer Parkkarte mit Sonderbewilligung für Gewerbe, Handel und Dienstleister in der Stadt Luzern

Das Bewilligungssystem wurde auf Verbesserungen und Kundenfreundlichkeit hin überprüft. Auf die Einführung eines Online-Bezugs von Parkkarten via Internet wurde aus Kostengründen verzichtet. In verschiedenen Gesprächen mit dem Wirtschaftsverband Stadt Luzern wurde erkannt, dass insbesondere im Bereich der Altstadt eine liberalere Haltung gewünscht würde. Das Interesse an einer möglichst autofreien Altstadt mit einer Beschränkung der Ausnahmegewilligungen auf wirkliche Ausnahmefälle ist aus Sicht des Stadtrates jedoch höher zu gewichten als dasjenige der Handwerker an einem möglichst ungehinderten Bezug von Mehrtageskarten.

17. Postulat 109 (2004–2009), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 29. Juni 2006:
Szene Europaplatz – Lösungen sind gefragt!

Der Stadtrat hat einer Ausweitung der Präsenz der SIP auf den Europaplatz im Frühjahr 2007 zugestimmt. Im Sommer 2007 wurden zudem verschiedene Sofortmassnahmen eingeleitet wie vermehrte Polizeipräsenz, häufigere Reinigung und bessere Beleuchtung. Für den Sommer 2008 hat der Stadtrat weitere Massnahmen im gesamten Raum Bahnhof–Inseli beschlossen, unter anderem eine Videoüberwachung am Bahnhofplatz.

18. Postulat 129 (2004–2009), Walter Stierli namens der SVP-Fraktion, vom 29. Juni 2006:
Bei der Revision der Bau- und Zonenordnung ist das Areal der Kantonsschule und der Butterzentrale neu der Wohn- und Gewerbezone mit stillem Gewerbe (Büro) zuzuteilen

In der Stellungnahme vom 29. Juni 2006 führte der Stadtrat aus, dass eine Verlagerung der Kantonsschule ausgeschlossen sei. Für die Butterzentrale wurde die Umzonung der geplanten BZO-Revision vorgezogen. Sobald die Emmi AG den Standortentscheid für den

Hauptsitz gefällt hat, kann der B+A 68/2007 vom 12. Dezember 2007: „Areal Butterzentrale“ vom Grossen Stadtrat behandelt werden. Der Entscheid der Emmi AG erfolgt Mitte 2008.

Postulat 149 (2004–2009), Cony Grünenfelder namens der GB/JG-Fraktion, vom 23. November 2006:

Angemessene finanzielle Partizipation der Stadt als Eigentümerin am erfolgreichen Geschäftsverlauf der ewl Holding AG

Die Stadt hat die Dividende der ewl von ursprünglich 7,8 Mio. Franken auf heute 10,0 Mio. Franken erhöht. Für das Geschäftsjahr 2008 ist eine weitere Erhöhung auf 12,5 Mio. Franken geplant. Damit ist aus Sicht Stadt die Dividende angemessen angesetzt.

19. Postulat 169 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 28. September 2006:

Schaffung einer vollkommenen Transparenz über die Fakten und Zahlen des Fusionsprojektes „Littau-Fusion-Luzern“!

Das Postulat verlangt, die erwarteten Kosten der Fusion Littau-Luzern offenzulegen und insbesondere zu erläutern, ob diese näher bei 21 Mio. Franken liegen, wie von den Exekutiven der beiden Gemeinden erläutert, oder bei 153 Mio. Franken, wie von einzelnen Medien kolportiert. Diese Forderung ist mit der Beantwortung der Dringlichen Interpellation 178 (2004–2009) (StB 1066 vom 31. Oktober 2006) vollumfänglich erfüllt.

20. Postulat 175 (2004–2009), Nora Ly und David Largier namens des Kinderparlaments, vom 23. November 2006:

Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP, Sparmassnahmen der Stadt: Aussenanlagen, Pausenplätze, grössere Klassenbestände

Das Postulat 175 wurde bezüglich Klassengrössen teilweise überwiesen. Mit dem Bericht 33/2007 vom 11. Juli 2007: „Zusatzbericht zu den EÜP-Massnahmen Bildungsdirektion 11–14 (Abteilungsbestände)“ hat der Grosse Stadtrat am 22. November 2007 einer moderaten Senkung der ursprünglich im EÜP vorgesehenen Klassengrössen zugestimmt.

21. Postulat 194 (2004–2009), Franziska Bitzi Staub und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 24. Mai 2007:

Sauberkeit und Ordnung durch Bussen

Der Kantonsrat hat in einer ersten Lesung am 3. März 2008 die gesetzlichen Grundlagen für eine Wegweisungsnorm, Ordnungsbussen gegen das Littering und Möglichkeiten für ein strengeres Vorgehen gegen das wilde Plakatieren erlassen (Änderung Übertretungsstrafgesetz und Gesetz über die Kantonspolizei). Die Stadtpolizei wird nach Inkrafttreten dieser Änderungen die neuen Bestimmungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten anwenden.

22. Postulat 196 (2004–2009), Lathan Suntharalingam und Andreas Wüest namens der SP-Fraktion, vom 26. April 2007:

Mehr Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen!

Regionale Anbieter zu bevorzugen ist nach dem Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen nicht zulässig. Die Ökologie als Kriterium wird bei den Beschaffungen der Stadt Luzern, soweit sinnvoll und gesetzlich zulässig, bereits heute berücksichtigt. Das Kriterium menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist ein vergabefremdes Kriterium, dessen Zulässigkeit strittig ist. Es sollte daher über die politische Arbeit erreicht werden, dass sich kein Unternehmen die Verwendung von Produkten leisten kann, die unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen produziert worden sind. Bereits heute ist der Schaden am Ruf eines Unternehmens gross, wenn die Verwendung solcher Produkte öffentlich wird.

23. Postulat 197 (2004–2009), Lathan Suntharalingam und Andreas Wüest namens der SP-Fraktion, vom 26. April 2007:

Keine städtischen Beiträge an Kinderarbeit!

Der Kanton hat die Stadt mit dem Bau und dem Unterhalt der Kantonsstrassen auf dem Stadtgebiet beauftragt. Die Kosten für den Bau und den Unterhalt der Kantonsstrassen trägt jedoch der Kanton. Die Stadt Luzern bezahlt somit keine Beiträge an Kantonsstrassen und kann daher auch keine solchen verweigern. Für die Kantonsstrassen auf Stadtgebiet führt die Stadt Luzern das Vergabeverfahren durch. Es ist das kantonale Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen anwendbar. Auf die öffentlichen Beschaffungen des Kantons Luzern für Kantonsstrassen ausserhalb des Stadtgebiets hat die Stadt keinen Einfluss.

24. Postulat 204 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:

Startchancen für Kinder verbessern: 2 Kindergartenjahre für alle Kinder mit Bedarf

Ab Schuljahr 2007/2008 werden alle Kinder ab dem 4. Altersjahr in den Kindergarten aufgenommen.

25. Postulat 207 (2004–2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 24. Mai 2007:

Optimale Voraussetzungen für den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule schaffen (I)

Die konsequente Anwendung der Standardsprache wird regelmässig überprüft, Sparmassnahmen im Bereich Sprachförderung sind nicht vorgesehen.

26. Postulat 222 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 26. April 2007:

Faire Unterstützung der Zwischenlösung in der BOA

Das Anliegen des Postulates ist vom Zeitablauf überholt: Die BOA ist seit Anfang November 2007 geschlossen – eine weitere Zwischenlösung kam nicht zustande.

27. Postulat 237 (2004–2009), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 27. September 2007:

Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs

Die Personalverordnung wurde mit StB 1159 vom 12. Dezember 2007 per 1. Januar 2008 entsprechend ergänzt.

28. Postulat 239 (2004–2009), Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 8. März 2007:

Vermeiden der Schliessung des Kindergartens Steinhof

Der Kindergarten Steinhof wird weitergeführt.

29. Postulat 258 (2004–2009), Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 26. April 2007:

Koordiniertes Vorgehen bei der Planung der neuen „Eventhalle“

Die Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 über den Neubau der Messeinfrastruktur war positiv. Die im Vorstoss positionierten Anliegen können mittelfristig realisiert werden.

30. Postulat 265 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 24. Mai 2007:

Volksinitiative „Kein Fixerraum in Wohnquartieren“ endlich vors Volk!

Das Initiativkomitee hat die Volksinitiative „Kein Fixerraum in Wohnquartieren“ am 8. Januar 2008 zurückgezogen. Das Postulat wird somit hinfällig.

31. Postulat 284 (2004–2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 8. November 2007:

Wende der Buslinie 1 am Löwenplatz ab 9. Dezember 2007 gefährdet?

Das Anliegen, die Buslinie 1 am Löwenplatz wenden zu lassen, ist nach wie vor aktuell. Die Zielsetzung, diese Änderung bis am 9. Dezember 2007 einzuführen, war nicht erreichbar.

32. Postulat 295 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 27. September 2007:

Der Fall Inge Viett: So was darf in der „Kulturwerkstatt Luzern-Süd“ nie passieren

Das Anliegen ist – soweit der Stadtrat für dessen Umsetzung zuständig sein kann – unbestritten und wurde beim Vertrag mit dem Verein Südpol, aber auch bei andern, ähnlich gelagerten Fällen (Konzerthaus Schüür, Messe Luzern) aufgenommen.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Postulat 341 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:

Road Pricing zur Förderung des öffentlichen Verkehrs

Der Stadtrat ist bereit, sich an einem entsprechenden Projekt zu beteiligen, falls der Kanton den Lead übernimmt. Die gesetzliche Voraussetzung wird zurzeit vom Bundesrat vorbereitet.

2. Motion 394 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 24. Februar 2005:

Planungsbericht zur Neuorganisation der Schulpflege

Der Status der Schulpflege wird mit der neuen Gemeindeordnung für das fusionierte Gemeinwesen festgelegt.

3. Postulat 23 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. April 2005:

Kombispur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse

Sobald mit den Massnahmen aus dem Aggloprogramm der Verkehr in der Innenstadt reduziert werden kann, soll die Kombispur realisiert werden.

4. Postulat 24 (2004–2009), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenenhalde

Die Baudirektion hat 2006 eine Umgestaltung des Knotens zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erarbeitet. In den Verhandlungen mit den Strasseneigentümern konnte noch keine Einigung erzielt werden. Zudem soll der Entscheid betreffend Verlängerung der Trolleybuslinie abgewartet werden.

5. Postulat 27 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 30. Juni 2005:

Stadtreparatur am Kasernenplatz vorantreiben

Für den Kasernenplatz steht noch keine konkrete Nutzung in Aussicht. Die Änderung des Zonen- und Bebauungsplans B 135 im Bereich Parkhaus Luzern-Zentrum / Gütschstrasse 2/4/6 strebt eine Aufwertung des Kasernenplatzes an. Sie wurde vom Regierungsrat mit dem Entscheid vom 21. August 2007 genehmigt. Das Bewilligungsverfahren für die Sanierung und Aufstockung des Parkhauses ist im Gange. Im Rahmen der BZO-Revision wird nach Entwicklungsmöglichkeiten für den Kasernenplatz gesucht.

6. Postulat 30 (2004–2009), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Juni 2005:

Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes

Die Anregung des Postulats wurde mit den zuständigen kantonalen Behörden behandelt. Am 27. März 2006 wurde die kantonale Motion „Unverzögliche Umsetzung der seit Langem geplanten baulichen Erneuerung des Natur-Museums Luzern“ eröffnet. Das Projekt Erneuerung des Natur-Museums wurde vom Kanton aufgrund nicht vorhandener finanzieller Mittel auf die Jahre 2012–2015 verschoben. Aktuell können nur notwendige Sanierungsmassnahmen durchgeführt werden.

7. Postulat 48 (2004–2008), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion vom 3. November 2005:

Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West

Zurzeit läuft die Umgestaltung des Mühlenplatzes. Nach der definitiven Festlegung des Verkehrsregimes am Mühlenplatz wird das Verkehrskonzept für den Löwengraben erarbeitet. Dabei wird auch die Einführung einer Begegnungszone geprüft werden.

8. Motion 53 (2004–2009), Peter Henauer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 24. November 2005:

Erstellung eines Veloabstellkonzepts für die Universität Luzern

Die Stadt sucht zusammen mit SBB und Kanton nach der besten Lösung. Entsprechende Auflagen sind in der Baubewilligung für die Universität enthalten. Für verbesserte Erschliessungen liegen konkrete Vorschläge vor und sollen vor Inbetriebnahme der Universität realisiert werden.

9. Postulat 56 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:

Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für eine effiziente und wirkungsorientierte Velopolitik in der Stadt Luzern

Die Förderung des Langsamverkehrs mit entsprechenden Mitteln ist eine wichtige Massnahme im Agglomerationsprogramm. Die Umsetzung der Massnahmen hat begonnen, so auch die Prüfung eines geeigneten Qualitätsmanagements für die Velopolitik.

10. Postulat 113 (2004–2009), Anita Weingartner und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

Das Tixi-Taxi 2006 möglichst zum Tarif des öffentlichen Verkehrs

Die Federführung liegt beim Kanton. Ein Bericht der kantonalen Projektgruppe wurde im Februar 2008 von der Regierung zur Kenntnis genommen. Darin wird ein Gutscheinmodell vorgeschlagen. Der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) wird zu einer Stellungnahme eingeladen. Parallel dazu werden Echoräume durchgeführt. Über weitere Massnahmen entscheidet der Regierungsrat erst nach Vorliegen der Rückmeldungen aus dem VLG und aus den Echoräumen.

2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Postulat 320 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

Neugestaltung des St.-Karli-Quais prüfen

Nach der Verkehrsfreimachung und Umgestaltung des Mühlenplatzes sowie der Erweiterung des Parkhauses Zentrum wird auch die Aufwertung des St.-Karli-Quais geprüft. Eine gleichzeitige Bearbeitung übersteigt die Ressourcen der Verwaltung.

2. Postulat 321 (2000–2004), Katharina Hubacher und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

Stadtbad am St.-Karli-Quai

Die Möglichkeit eines Stadtbades am St.-Karli-Quai konnten bisher aufgrund der Prioritäten noch nicht geprüft werden.

3. Postulat 332 (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

Zukunftsorientierte Planung der Veloabstellplätze für die Universität Luzern

Die Stadt sucht zusammen mit SBB und Kanton nach der besten Lösung. Entsprechende Auflagen sind in der Baubewilligung für die Universität enthalten. Für verbesserte Erschliessungen liegen konkrete Vorschläge vor und sollen vor Inbetriebnahme der Universität realisiert werden.

4. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 30. September 2004:

Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus

Die Emmental AG hat ihre Bebauungspläne aufgegeben, sodass eine Verbesserung der Situation in diesem Zusammenhang nicht möglich ist. Es werden deshalb zurzeit Alternativen gesucht.

5. Postulat 380 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Sanierungsplanung Hallenbad Luzern

Im Herbst 2008 wird an der Urne über den Kredit Sportarena mit Hallenbad entschieden.

6. Postulat 383 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Neues Konzept für ein neues Luzerner Hallenbad

Im Herbst 2008 wird an der Urne über den Kredit Sportarena mit Hallenbad entschieden.

3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 260 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999:
Eine neu Fussgängerzone Mühlenplatz

Nach dem erfolgreichen Versuch „Sommerleben Mühlenplatz“ soll der Mühlenplatz verkehrsfrei werden. Unter Einbezug der Betroffenen wird die zukünftige Gestaltung und Nutzung festgelegt. Der entsprechende B+A soll noch im Jahr 2008 vorgelegt werden.

2. Postulat 305 (1996–2000), Peter Muheim, Peter Henauer, Louis Baume und Emerentia Bucher-Schaad, vom 16. September 1999:
Mehr Verkehrssicherheit an der Bireggstrasse

Als Massnahme zur Lärmreduktion wird Tempo 30 eingeführt und damit auch die Verkehrssicherheit erhöht. Die Verkehrsanordnung ist im Jahr 2009 vorgesehen.

3. Postulat 330 (1996–2000), Peter Muheim und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 26. Oktober 2000:
Schluss mit dem Velochaos

Der Richtplan Zweiradverkehr konnte 2007 den neuesten Entwicklungen (Zentralbahn, Universität) angepasst werden und wird im Jahr 2008 dem Parlament unterbreitet.

4. Postulat 102 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:
Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 1: Erweiterung Definition Innenstadt

Der ESP Bahnhof-Tribtschen wurde abgeschlossen, ohne die Definition Innenstadt zu erweitern. Im Rahmen der Revision der BZO sollen aufgrund von Nutzen und Erschliessung charakteristische Zonen definiert werden, in welchen auch spezifische Daten erhoben werden können.

5. Postulat 103 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 2: Anpassung Parkplatzreglement

Sobald im Rahmen der Revision der BZO entsprechende Zonen definiert worden sind (vgl. Bemerkungen zu Postulat 102), kann die Überarbeitung des Parkplatzreglements bezüglich der Zonenzuordnung geprüft werden. In seiner Antwort auf die Petition für eine ganzheitliche und bedürfnisgerechte Parkplatzoptimierung in der Stadt Luzern hält der Grosse Stadtrat am 1. April 2004 fest, dass sich das Parkplatzreglement in der heutigen Form jedoch grundsätzlich bewährt. Er lehnt sowohl die Verschärfung wie auch die Lockerung desselben ab.

6. Postulat 104 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:

Das Tribschengebiet wird zur Innenstadt 3: Aufwertung der Strassenräume

Im Rahmen der Revision der BZO, unter Berücksichtigung von ESP Bahnhof und dem Agglomerationsprogramm, müssen die verkehrs- bzw. nutzungsorientierten Strassen neu definiert werden. In der Folge können Gestaltungen verbessert und Verkehrsbeschränkungen geprüft werden.

7. Motion 142 (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben

Der Stadtrat entschied im Juni 2006, die Nutzungsvorstellungen über den Pilatusplatz stärker mit der BZO-Revision zu verknüpfen. Daher müssen das Raumentwicklungskonzept und das Hochhauskonzept abgewartet werden. Anschliessend können die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Pilatusplatz definiert werden.

8. Postulat 177 (2000–2004), Louis L. Schumacher, Rita Misteli, Claudia Portmann-de Simoni und Guido Durrer, vom 5. Dezember 2002:

Das Luzerner Messewesen und seine Verkehrszukunft

Im Herbst 2008 wird mit dem B+A zur Vorzone und zu den Erschliessungen für Messe und Sportarena das gewünschte Verkehrskonzept dem Parlament unterbreitet.

9. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 30. Januar 2003:

Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Im Rahmen der Bau- und Zonenordnungsrevision wurden 2007 Zukunftsbilder entwickelt. 2008 wird dem Gebiet Bahnhof-Tribschen-Steghof ein besonderes Augenmerk im Raumentwicklungskonzept der BZO-Revision gewidmet. Unabhängig davon ist eine Quartierentwicklung im Gebiet Industriestrasse zurzeit in Bearbeitung. Dem Stadtrat liegt ein Konzeptentwurf „Wohnwerk“ vor. Im Jahr 2008 entscheidet der Stadtrat über das weitere Vorgehen.

10. Motion 318 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 30. September 2004:

Einbürgerungen durch die Bürgerrechtskommission

Die Frage einer Neubestimmung der Einbürgerungsinstanz wird im Zusammenhang mit den Fusionsarbeiten geprüft (Teilprojekt B1.4). Vorschläge werden im Jahr 2009 zur Vernehmlassung vorliegen.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–33 als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1., Ziffern 1–10 um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

II.2., Ziffern 1–6 um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern

II.3., Ziffern 1–10 um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern 9. April 2008

Urs W. Studer
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11 vom 9. April 2008 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motion und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–33 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–6 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2008 abläuft.

1. Motion 41 (2004–2009), Walter Stierli namens der SVP-Fraktion, vom 6. April 2006:

Neuregelung der Vergabep Praxis bei den Einnahmen aus der Billettsteuer

Aus Kapazitätsgründen war es bisher nicht möglich, das Thema umfassend anzugehen. Erste Überlegungen sind angestellt, mit dem Pilotprojekt pro.sport werden erste Entwicklungsschritte im Rahmen des geltenden Reglements getan. Ferner sollen auch noch die Entwicklungen im Zusammenhang mit der eventpolitischen Konzeption der Stadt Luzern abgewartet werden.

2. Postulat 73 (2004–2009), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 26. Januar 2006:

Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle

Mehrere Projekte in diesem Bereich sind hängig. Eine Auswertung ist noch nicht möglich.

Aktuelle Situation:

Die Sozialdirektion hat Mitte Februar 2008 mit dem „Projekt 18 +“ gestartet. Es ist ein Unterprojekt des Projektes Speranza 2000, das verschiedene Massnahmen und Projekte zur Integration von Jugendlichen beinhaltet und von Otto Ineichen initiiert wurde. Fünf junge erwachsene Sozialhilfebeziehende ohne Lehrstelle nehmen vom Sozialamt an diesem Projekt teil. Die Teilnehmenden werden mit einem Intensivkurs und mit einem mehrmonatigen Praktikum in einem Betrieb, verbunden mit Begleitung und Schultagen, auf einen Lehrstellenantritt im August 2008 vorbereitet. Hauptziel ist ein fester Lehrstellenvertrag im Sommer 2008.

Weiter gibt es seit Frühjahr 2006 die Angebote von „The Bütz Büro“ und seit Frühjahr 2007 „The Bütz Sonnenberg“. Diese Angebote richten sich vor allem an junge erwachsene Sozialhilfebeziehende (einjähriges Arbeitsintegrationsprogramm) mit dem Ziel der Integration in den 1. Arbeitsmarkt. Allerdings bietet The Bütz Beiz neuerdings auch Lehrstellen an, vor allem für „ältere“ junge Erwachsene, die wegen verschiedenen Problemen den Einstieg in eine Lehrstelle nicht geschafft haben.

Weiter gibt es die Brückenangebote für Schulabgänger/innen ohne Lehrstelle. Die RAV unterstützen diese Angebote, Sozialhilfebeziehende würden aber auch vom Sozialamt unterstützt. Dieses Angebot richtet sich aber eher an noch nicht volljährige Jugendliche.

3. Postulat 96 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 16. März 2006:

Einbahnstrassen im Hirschmattquartier für den Veloverkehr öffnen

Das Anliegen wird geprüft.

4. Postulat 97 (2004–2009), Christa Stocker namens der GB/JG-Fraktion, vom 16. März 2006:
Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern

Das Anliegen wird geprüft; es liegen noch keine Resultate vor.

5. Postulat 121 (2004–2009), Korintha Bärtsch und Philipp Federer namens der GB/JG-Fraktion, vom 6. April 2006:

Besserer ÖV im Maihofquartier

Der Halt der Linien 22/23 an der Haltestelle Weggismatt ist eingeführt; für die Verlegung des Wendeplatzes der Linie 1 zum Löwenplatz konnte noch keine befriedigende Lösung gefunden werden.

6. Postulat 131 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:

Rollstuhlgänge Verkehrserschliessung optimieren

Das Anliegen ist aufgenommen, es liegen aber noch keine Konzepte vor.

7. Postulat 133 (2004–2009), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 14. Dezember 2006:

Mehr Quartier- und Jugendarbeit

Fristgerechter Abschreibungsantrag mit einem Bericht, welcher voraussichtlich am 27. November 2008 vom Grossen Stadtrat behandelt wird.

8. Postulat 140 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:

Flankierende Massnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn

Die geplante Spange Süd ist gemäss Aggloprogramm die Voraussetzung für eine merkliche Entlastung vom Verkehr im Gebiet Moosmatt-Geissenstein. Die effektive Zweckmässigkeit der Spange Süd wird zurzeit von Kanton und Stadt geprüft.

9. Postulat 141 (2004–2009), Katharina Hubacher, Cony Grünenfelder, Christa Stocker Odermatt, Korintha Bärtsch und Edith Lanfranconi-Laube, vom 28. September 2006:
Nachhaltige Verkehrs- und Umweltpolitik in Luzern

Das Anliegen, Car-Sharing zu fördern, ist aufgenommen. Es liegen noch keine Konzepte vor.

10. Postulat 166 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:
Energiefragen auf der Allmend beantworten

Das Bauprojekt ist noch nicht ausgearbeitet. Viele Fragen im Energiebereich sind noch nicht definitiv entschieden.

11. Postulat 172 (2004–2009), Beat Züsli, Patricia Infanger und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 18. September 2006:
Parkierungskonzept Luzerner Allmend

Mit der Vorlage zur Umzonung (Volksabstimmung vom 24. Februar 2008) wurde auch die Studie der Metron zur Verkehrsentwicklung aufgelegt. Diese hat grundsätzliche Gültigkeit; mit dem B+A zum Beitrag zur Sportarena und zum Kredit für die Vorzone wird das Parkierungskonzept detailliert vorgestellt.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Postulat 366 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 4. November 2004:

Für eine Fachstelle zur Wiedereingliederung von ausgesteuerten Sozialhilfeempfänger/innen

Abschreibung erfolgt mit B+A „Bericht zur Sozialhilfe der Stadt Luzern, Übersicht – Entwicklungsbereiche“ (zurückgewiesener B+A 58/2007) voraussichtlich anlässlich der Sitzung des Grossen Stadtrates vom 25. September 2008. Die GPK wurde bereits im Zusammenhang mit dem Antrag zur Verlängerung der Beantwortungsfrist der Postulate 271, 294 und 356 2004/2009 über dieses Vorgehen informiert.

2. Motion 72 (2004–2009), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 28. September 2006:

Verbesserung von Pausenplätzen an Stadtschulen

Gestützt auf die überwiesene Motion wird durch die Bildungsdirektion ein Bericht und Antrag erstellt, der voraussichtlich im Juni 2008 dem Parlament unterbreitet wird.

3. Als Postulat überwiesene Volksmotion 171 (2004–2009), Peter Laube und Mitunterzeichner, vom 23. November 2006:

Quartierpolizisten in der Stadt Luzern

Wird mit dem B+A Polizei Luzern in diesem Frühling zur Abschreibung beantragt.

4. Motion 195 (2004–2009), Franziska Bitzi Staub und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 14. Dezember 2006:

Prüfung der Fusion Stadtpolizei-Kantonspolizei

Wird mit dem B+A Polizei Luzern in diesem Frühling zur Abschreibung beantragt.

5. Postulat 336 (2004–2009), Rolf Krummenacher namens der Sozialkommission, vom 22. November 2007:

Weiterführung der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende

Die Weiterbehandlung wird im Bericht und Antrag „Verlängerung FAZ (Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende)“ ausgeführt bzw. im Herbst 2008 dessen Abschreibung beantragt.

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Motion 136 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:
Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch
2. Motion 152 (2004–2009), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 8. März 2007:
„Velobericht“ für die Stadt Luzern
3. Postulat 153 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion und Esther Steiger-Müller namens der SP-Fraktion, vom 8. März 2007:
Schaffung und Erhalt von Stellen für leistungsschwächere Mitarbeitende und Lehrlinge
4. Postulat 161 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 8. März 2007:
Vergrosserung der Begegnungszone Bahnhofstrasse
5. Postulat 162 (2004–2009), Philipp Federer und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 8. März 2007:
Hirschmattquartier als Begegnungszone gestalten
6. Postulat 198 (2004–2009), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 26. April 2007:
Midnight Basket – auch in Luzern
7. Postulat 208 (2004–2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 24. Mai 2007:
Optimale Voraussetzungen für den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule schaffen (II)
8. Postulat 209 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 24. Mai 2007:
Pilotprojekt „Integrative Schulung“ durchführen
9. Motion 223 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:
7 Strassenmusikanten sind genug!
10. Motion 225 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 13. Dezember 2007:
Änderung der Parkraumbewirtschaftung – für eine echte Anwohnerbevorzugung, weniger Suchverkehr und mehr Ruhe in den Quartieren

11. Postulat 228 (2004–2009), Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 8. November 2007:
Für den Aufbau eines Stadtnetzes durch die ewl
12. Postulat 238 (2004–2009), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 27. September 2007:
Förderung von familienfreundlichen Arbeitsmodellen in der städtischen Verwaltung
13. Postulat 240 (2004–2009), Dorothée Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 21. Februar 2008:
Netzwerk: Soforthilfe für Alzheimerkranke und Demente zuhause
14. Postulat 242 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 13. Dezember 2007:
Optimierung der Buslinien (Nr. 14, 25 und 26) für die Gebiete an der Linie 14 und das Quartier Würzenbach-Büttenen
15. Postulat 247 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 13. Dezember 2007:
Eigenes Bauholz bei öffentlichen Bauten
16. Postulat 251 (2004–2009), Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 8. November 2007:
Fördern und fordern – obligatorische Deutschkurse für Einwanderer
17. Postulat 254 (2004–2009), Dorothée Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 22. November 2007:
Sicherheit und Lebenssinn für alle Generationen im Quartier
18. Postulat 261 (2004–2009), Marcel Lingg, vom 26. April 2007:
Zukunft Bahntrasse Zentralbahn nach Tieflegung
19. Postulat 264 (2004–2009), Christoph Brun namens der FDP-Fraktion, vom 8. November 2007:
Reduktion der Missstände im Umfeld der Party- und Ausgehszene!
20. Motion 266 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 24. Januar 2008:
Orientierung und Fortbewegung im Stadtraum für Menschen mit Behinderung
21. Postulat 274 (2004–2009), Stefanie Zürcher und Michael Notter namens des Kinderparlaments, vom 28. Juni 2007:
Erhaltung Begabtenwerkstatt

22. Postulat 277 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 24. Januar 2008:
Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus
23. Volksmotion 280 (2004–2009), Judith Krummenacher und Mitunterzeichner/innen, vom 28. Juni 2007:
Für den Erhalt der Begabtenwerkstatt der Stadt Luzern „Geistige Sprinter werden nie Schweizer Meister!“
24. Postulat 283, Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:
„Lernen im HAS“: Bildungs- und Integrationsförderung durch Teilhabe und Zusammenarbeit mit Pensionären in den Heimen und Alterssiedlungen
25. Postulat 296 (2004–2009), Dorothée Kipfer namens der SP-Fraktion, vom 21. Februar 2008:
Seitenwechsel – Parlamentarier/innen erhalten einen Einblick in einen Arbeitsplatz der Stadtverwaltung
26. Postulat 324 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:
Weckt den Göttersee aus dem Dornröschenschlaf
27. Postulat 339 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 22. November 2007:
Aktionstag „Wahre Werte“
28. Postulat 347, Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 24. Januar 2008:
Frisches Leben in alten Räumen
29. Postulat 368 (2004–2009), Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 13. März 2008:
Planung der Allmend-Vorzone schnell angehen
30. Postulat 370 (2004–2009), Patricia Infanger und Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, Korintha Bärtsch und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und Viktor Rüegg, vom 13. März 2008:
Miete oder Eigentum bei den Service-public-Anlagen auf der Allmend

Anhang 4

zu B+A 11/2008 Abschreibung von Motionen und Postulaten

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11/2008 vom 9. April 2008 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motion und die Postulate gemäss I., Ziffern 3, 4, 8–15, 18–20, 23–32 sowie II.1, Ziffer 1 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1., Ziffern 2–10 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–6 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–10 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 5. Juni 2008

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Beat Züsli
Ratspräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

